

UiD Extra 13/1998

# Den Wandel gestalten

Musterrede  
für den  
Wahlkampf 1998

Stand: April 1998

**A**ls in der Mitte des 15. Jahrhunderts Johannes Gutenberg die Buchdrucker-  
kunst mit beweglichen Lettern erfand, da war dies eine Erfindung, die im  
Prinzip 500 Jahre lang bis hin zu den modernen Bleisatz-Maschinen der  
siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts Bestand hatte. Heute, am Ausgang dieses  
Jahrhunderts, ist man schon stolz, wenn eine technologische Innovation wenig-  
stens fünf Jahre lang nicht von einer anderen, besseren Entwicklung überholt  
wird. Der rasche Wandel ist das prägende Kennzeichen unserer Zeit. In den vor  
uns liegenden zehn Jahren wird auf der Welt genausoviel geforscht werden wie in  
den zurückliegenden 2500 Jahren seit Demokrit und Aristoteles; heute rechnet  
man damit, daß sich alle fünf bis sieben Jahre das weltweit verfügbare Wissen  
verdoppelt.

## Neue Märkte – neue Konkurrenzen

Unsere Welt verändert sich in einem atemberaubenden Tempo. Märkte wachsen  
zusammen, ökonomische Entfernungen schrumpfen. Revolutionäre Entwicklungen,  
vor allem in den Informations- und Kommunikationstechniken, ermöglichen heute  
einen sekundenschnellen Datenaustausch rund um den Globus. Dadurch gewinnen  
zunehmend entlegene Standorte an Attraktivität, zumal wenn sie ein wesentlich  
günstigeres Kosten-Leistungs-Verhältnis gegenüber traditionellen Standorten anbie-  
ten können. Entwicklungs- und Schwellenländer, lange Zeit als eine zu vernachläss-  
igende Größe betrachtet, haben im Welthandel Marktanteile gewonnen und sind  
zu attraktiven Produktionsstandorten für ausländische Investoren gereift. Immer  
mehr multinational operierende Unternehmen gehen dazu über, Produktionsprozes-  
se aufzugliedern und die einzelnen Fertigungsschritte dort anzusiedeln, wo entspre-  
chende Kostenvorteile locken. Keine Nation kann sich noch einen bleibend gesi-  
cherten Vorteil verschaffen; was wir heute können, können andere schon bald bes-  
ser als wir.

Moderne Technik ersetzt Muskelkraft und teilweise auch bereits menschliche Intelli-  
genz. Mit immer weniger Arbeitskraft wird immer mehr produziert. Die mit Robotern  
bestückte, weitgehend menschenleere Fabrik ist keine Science-fiction; Fabrikalan-  
gen wie Krupp in Essen oder die Siemensstadt in Berlin mit Zehntausenden von  
Arbeitern sind längst zu Dinosauriern der industriellen Revolution des 19. Jahrhun-  
derts geworden. Der gute alte VW-Käfer, von dem die Werbung sagte: „Er läuft, und  
läuft und läuft ...“, läuft heute nicht mehr. Wir produzieren nicht mehr für eine relati-  
ve Ewigkeit. Neue Bedürfnisse entstehen rasch, und ein kurzfristiges Reagieren auf  
neue Marktentwicklungen ist technisch zunehmend problemloser möglich. Im welt-  
weiten Wettbewerb schlagen heute nicht mehr die Großen die Kleinen, sondern die  
Schnellen die Langsamen.

## Tiefgreifende Veränderungen verlangen neue politische Antworten

„Globalisierung“ heißt das Stichwort, das unsere Situation im Übergang in ein neues Jahrtausend beschreibt. Wir stehen heute in einem tiefgreifenden Wandel, der dem der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts in nichts nachsteht und diesen wahrscheinlich noch übertrifft. Wir stehen mitten in einer Entwicklung, die unser Arbeiten und Wirtschaften zutiefst verändert. Es ändert sich aber auch die Gesellschaft, in der wir leben: In deutschen Großstädten gibt es inzwischen bis zu 50% Einpersonenhaushalte von sogenannten „Singles“. Der Altersaufbau der Bevölkerung hat sich erheblich verschoben: es gibt heute genauso viele Menschen über 60 Jahre wie unter 20. Und zu den qualitativen Veränderungen unserer Tage gehört auch, daß z. B. in Hamburg nur noch gut die Hälfte der Einwohner Mitglied einer der christlichen Kirchen ist.

Mitte der achtziger Jahre hatte die CDU – übrigens sehr erfolgreich! – einen Wahlkampf unter dem Motto „Weiter so, Deutschland!“ geführt. Heute, am Ende dieses Jahrhunderts, kann dieses Motto kein gültiges Konzept mehr sein. In einer Welt des Wandels kann Deutschland sich nicht von allen Entwicklungen abkoppeln und so tun, als sei es davon nicht betroffen. Unsere Aufgabe heißt: Wir müssen den Wandel begreifen, wir müssen ihn als Chance begreifen, wir müssen den Wandel gestalten. Zukunft gewinnt unser Land nicht durch die bloße Fortschreibung des Vergangenen. Gefragt ist Mut zur Erneuerung. Es geht um Fortschritt oder Rückschritt.

### Genau dies ist die eigentliche Entscheidungsalternative in der Bundestagswahl 1998.

Die Koalition der Mitte hat einen entschiedenen Reformkurs eingeschlagen, um unser Land fit zu machen für die Zukunft. Die Kräfte des linken politischen Spektrums – also SPD, Grüne und PDS – haben alles daran gesetzt, diesen Reformkurs, wo immer möglich, auszubremsen. Die Linke in Deutschland hat die großen Umbrüche unserer Zeit noch immer nicht begriffen. Sie träumt von der Vergangenheit, und es ist bezeichnend, daß die SPD in ihrem Wahlprogramm verspricht, die Reformen der letzten Jahre wieder rückgängig zu machen. Im Rückwärtsgang kommt aber unser Land niemals in der Zukunft an!

### Reformkurs ohne Alternative

Nein, es gibt zum Weg der Reformen keine vernünftige Alternative! Im Grunde sind die Zusammenhänge doch recht einfach zu durchschauen: Investitionen in neue Produkte und neue Arbeitsplätze orientieren sich immer an der Frage: Wo finde ich optimale Bedingungen? Und diese optimalen Bedingungen sind schnell aufgezählt: **Investiert wird**, wo qualifizierte Facharbeiter zu finden sind. **Investiert wird**, wo die Steu-

ern nicht einen Großteil des Gewinns aufzehren. **Investiert wird**, wo Tarifabschlüsse gelten, die sowohl zufriedenstellende Unternehmensgewinne möglich machen als auch den sozialen Frieden sichern.

Solange diese Voraussetzungen nicht stimmen, kann das Problem der viel zu hohen Arbeitslosigkeit nicht gelöst werden. Die Schaffung optimaler Wettbewerbsbedingungen ist der entscheidende Schlüssel zur Lösung unserer Probleme an einem Arbeitsmarkt, der zunehmend im internationalen Wettbewerb steht.

Deutschland hat eine Menge Vorzüge als Standort für Investitionen vorzuweisen: Wir haben eine ausgezeichnete Infrastruktur, wir haben bestens ausgebildete Arbeitnehmer, wir verfügen über eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur mit einem hochinnovativen und flexiblen Mittelstand, unser Land bietet ein hohes Maß an Rechtssicherheit und wirtschaftlicher Stabilität, wir können stolz sein auf unser gutes soziales Klima. Wir sind nicht schlecht. Aber andere Länder haben in den vergangenen Jahren ganz schön aufgeholt. Also müssen wir besser werden.

Die Bundesregierung hat in den zurückliegenden Jahren viel geleistet, um die Standortvorteile Deutschlands weiter auszubauen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu verbessern. Wir haben gute Chancen, in diesem Wettbewerb auch weiterhin in vorderster Linie mithalten zu können.

- **Es hat unsere Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und es ist Arbeitsplätzen zugute gekommen**, daß wir die substanzzehrende Gewerbesteuer und die betriebliche Vermögensteuer abgeschafft haben.
- **Es hat unsere Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und es ist Arbeitsplätzen zugute gekommen**, daß wir die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall neu geregelt haben. Unternehmen und Arbeitsplätze wurden allein durch diese Maßnahme um 15 Milliarden D-Mark entlastet. Im gleichen Umfang würde die Wirtschaft belastet mit allen schädlichen Folgen für Arbeitsplätze, wenn die SPD Gelegenheit hätte, diese Reform wieder abzuschaffen.
- **Es hat unsere Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und es ist Arbeitsplätzen zugute gekommen**, daß wir das Arbeitsrecht modernisiert und den Tarifpartnern größere Handlungsspielräume eröffnet haben, um Lohnzusatzkosten zu senken. Die moderne Arbeitswelt ist hoch flexibel und trägt kein starres Regelungskonzept, wie es in der Vergangenheit angemessen gewesen sein mag. Wer dorthin zurück will, schützt keine arbeitenden Menschen, sondern der vernichtet im Ergebnis Arbeitsplätze.

## Deutschland braucht die Steuerreform

Und auch die Ausgestaltung des deutschen Steuerrechts hat sehr viel mit Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen zu tun. Im Zeitalter des globalisierten Wirtschaftens

ist es außerordentlich wichtig, daß deutsche Unternehmen, die traditionell stark exportorientiert sind, sich selbst als Produzenten oder Co-Produzenten im Ausland engagieren. Aber genauso wichtig ist es, daß ausländische Investoren nach Deutschland kommen und hier investieren und Arbeitsplätze schaffen. Daran mangelt es zur Zeit noch erheblich. Allein im vergangenen Jahr sind rund 39 Milliarden D-Mark im Ausland investiert worden; aber nur 1,1 Milliarden D-Mark wurden von ausländischen Unternehmen in Deutschland investiert. Im Zeitraum von 1985 bis 1996 haben ausländische Investoren in Großbritannien achtmal soviel investiert wie in Deutschland.

Dieses krasse Mißverhältnis hat einen leicht nachvollziehbaren Grund: Wer als Ausländer in Deutschland investiert, fragt zunächst einmal, wie diese Investition bei uns steuerlich behandelt wird. Da wirkt der deutsche Spitzensteuersatz von 53 Prozent absolut abschreckend.

Deshalb hat die Union im Deutschen Bundestag ein neues Steuerkonzept beschlossen: Steuersätze für alle senken, Ausnahmen soweit wie möglich beseitigen, Vorschriften vereinfachen und Bürger und Unternehmen um 30 Milliarden D-Mark entlasten. Das ist der Kern unseres Konzeptes. Der Spitzensteuersatz soll auf 39 Prozent sinken, der Eingangssteuersatz soll nur noch 15 Prozent betragen. Alle Experten im Inland wie im Ausland haben dieses Konzept als vernünftig und zukunftsweisend begrüßt.

Nicht so die SPD. Aus reinem parteitaktischem Kalkül hat sie die Steuerreform mit ihrer Mehrheit im Bundesrat blockiert. Wir hätten in Deutschland seit fast einem Jahr Arbeit von Kosten entlasten, attraktive Investitionen ins Land holen und Arbeitsplätze modernisieren oder neu schaffen können, wenn die SPD nicht wider alle Vernunft gehandelt hätte. Ihr geht es nicht um richtig oder falsch – ihr geht es nur um Taktik. Andere Länder haben uns doch längst vorgemacht, was zu tun wäre: Die Beschäftigungserfolge in den USA, in Großbritannien oder in den Niederlanden wären ohne Steuersenkungen nicht möglich gewesen.

Wenn jetzt die SPD in ihrem Wahlprogramm ankündigt, den Spitzensteuersatz von 53 Prozent auf 49 Prozent absenken zu wollen, dann springt sie in geradezu lächerlicher Weise wieder einmal zu kurz. Von 53 auf 49 Prozent – das lockt keinen Investor nach Deutschland, das schafft keinen einzigen Arbeitsplatz.

Die Bundestagswahl im Herbst ist deshalb auch eine Abstimmung der Bürgerinnen und Bürger über das richtige Steuerkonzept für Deutschlands Zukunft. Einfacher, niedriger und gerechter – das ist unser Konzept. Fleißige bestrafen, Trittbrettfahrer belohnen und Neidkomplexe bedienen – das ist die Wirkung der SPD-Steuerpolitik. Unser Land kann damit keinen Erfolg haben. Die Wähler haben dazu das Wort im September.

Hier muß auch ein Wort gesagt werden zu der „Kuchentheorie“, die immer wieder von der SPD, aber auch von Teilen der Gewerkschaften und natürlich auch von der PDS vorgetragen wird. Diese Theorie besagt, daß immer dann, wenn der „Kuchen Arbeits-

markt“ nicht reicht, die Stücke für alle eben kleiner gemacht werden müßten. Dann bekäme jeder zumindest einen Teil vom Ganzen ab. Das ist in der Theorie richtig. Wenn zu einem Kindergeburtstag statt der erwarteten sechs Gäste die ganze Schulklasse kommt, dann mag diese Kuchentheorie ja noch funktionieren. Aber in der ökonomischen Wirklichkeit werden nicht alle durch Umverteilung reicher, weil der Kuchen eben nicht größer, sondern die Stücke kleiner und im Ergebnis alle ärmer werden. An diesem konzeptionellen Fehler ist bereits die DDR gescheitert, und nichts zwingt das wiedervereinigte Deutschland, diesen Fehler zu wiederholen.

Nein, der Kuchen wird nur größer, wenn wir die Beschäftigung von Fesseln entbinden, die sie an einer Entfaltung hindern. Deregulierung, weniger Normen und Vorschriften, geringere Zusatzkosten, weniger Verwaltungsaufwand und weniger Bürokratie: das ist der erfolversprechende Weg zu mehr Arbeit.

## Erste Erfolge unserer Reformpolitik sichtbar

Geben uns denn erste Erfolge nicht inzwischen recht? Im Januar, Februar und März dieses Jahres hatten wir in den alten Bundesländern jeweils im Verhältnis zum Vormonat niedrigere Arbeitslosenzahlen. Dreimal hintereinander rückläufige Arbeitslosenzahlen: das bedeutet die Trendwende am Arbeitsmarkt! Die Talsohle der Arbeitslosigkeit ist offensichtlich durchschritten.

Dies gilt leider noch nicht für die neuen Bundesländer. Die Überwindung der tiefgreifenden ökonomischen Schäden, die der gescheiterte Sozialismus hinterlassen hat, ist langwieriger und kräftezehrender als ursprünglich angenommen. Der Wechsel der Auftriebskräfte weg von der Bauwirtschaft – deren Gewicht sich mit fortschreitendem Aufholprozeß der ostdeutschen Wirtschaft normalisiert – hin zur Industrie, die jetzt kräftig aufholt, wirkt sich im Augenblick noch nicht auf den Arbeitsmarkt der neuen Länder aus. Deshalb haben wir unsere Anstrengungen in den neuen Bundesländern nochmals verstärkt. Öffentliche Investitionen werden vorgezogen, für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Aber für ganz Deutschland gilt: die eingeschlagene Richtung stimmt. Alle wichtigen Indikatoren lassen erkennen, daß die ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung ihre Wirkung entfalten:

- Unser Land nimmt wieder den Rang eins bei den gerade im Hinblick auf die Globalisierung wichtigen Weltmarktpatenten ein.
- Deutschland ist Weltmarktführer beim Handel mit Hochtechnologiegütern. Dank einer modernen Gesetzgebung nehmen wir in der Biotechnologie eine Spitzenstellung ein.

- In Deutschland sind mehr Menschen als in jedem anderen Land der Welt an Hochleistungsdatennetze neuester Technologie angeschlossen. In den neuen Bundesländern ist die vollständige Digitalisierung des Telekommunikationsnetzes bereits abgeschlossen. Das sind erstklassige Wettbewerbsvoraussetzungen.
- Die deutsche Exportwirtschaft boomt. Gegenüber dem Vorjahr sind unsere Ausfuhren 1997 um über 10 Prozent gestiegen. Wir haben Weltmarktanteile wieder zurückgewonnen. Das beweist: Der Modernisierungskurs von Wirtschaft und Politik zahlt sich aus. Der Standort Deutschland ist international spürbar wettbewerbsfähiger geworden.
- Das Aufschwungtempo im Land beschleunigt sich. Für das laufende Jahr wird ein Wachstum von zweieinhalb bis drei Prozent erwartet; für 1999 zeichnet sich sogar ein noch besseres Ergebnis ab.
- Und eins muß ganz besonders hervorgehoben werden: Die Teuerungsrate in Deutschland verdient inzwischen ihren Namen nicht mehr. Die Preissteigerung liegt derzeit bei etwas mehr als einem Prozent. Das ist Preisstabilität! Jedermann weiß: stabile Preise sind die beste Sozialpolitik, denn Preissteigerungen treffen am härtesten den Geldbeutel der Menschen mit geringem Einkommen und die Rentner. Denn sie sind in besonderer Weise darauf angewiesen, daß ihr Geld seinen Wert behält.

**Diese Fakten zeigen:** Unser Modernisierungskurs in der Wirtschaft zahlt sich aus. Deutschland ist auf dem besten Weg, den Wandel positiv zu bewältigen. Wir begreifen Globalisierung und Wandel nicht als Bedrohung, sondern als Chance, unser Land zu modernisieren und ihm einen sicheren Weg in die Welt von morgen zu ebnen. Dieser Weg ist gewiß nicht bequem und ohne Anstrengung. Aber er führt dann zum Ziel, wenn verkrustete Strukturen mutig aufgebrochen werden und Neues gewagt wird. Deshalb haben wir Bahn und Post privatisiert, deshalb war es richtig, daß die Telekom an die Börse ging. In einer global wirtschaftenden Welt gibt es zur Öffnung des Marktes für Telekommunikation keine vernünftige Alternative. Nur durch Privatisierung und Deregulierung schaffen wir den „schlanken“ Staat, der seinen Aufgaben unter den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird.

## Aufbau Ost – Beispiel gelebter nationaler Solidarität

In den knapp acht Jahren seit der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes hat der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Ländern enorme Fortschritte gemacht. Dieser Erfolg hat zwei wesentliche Wurzeln: Da ist zum einen der ungeheure Aufbauwille der Menschen in den neuen Ländern, die in den zurückliegenden Jahren in einer beispiellosen Kraftanstrengung daran gegangen sind, die ökonomischen und ökologischen

Trümmer des gescheiterten Sozialismus beseite zu räumen. Zum anderen ist der Aufbau Ost ein historisches Beispiel gelebter nationaler Solidarität. Rund eine Billion D-Mark – eine kaum vorstellbare Summe – sind inzwischen in das Aufbauwerk investiert worden. Dies sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

Es ist viel erreicht worden. Die Infrastruktur im Osten Deutschlands ist heute schon teilweise moderner als in vielen Teilen Europas. Das Telefonnetz ist das modernste der Welt. Praktisch aus dem Nichts ist ein leistungsfähiger und innovativer Mittelstand gewachsen. 600.000 neue Unternehmen haben 3,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen.

Wir haben die Trendwende am Arbeitsmarkt im Westen geschafft, wir werden auch die Trendwende am Arbeitsmarkt im Osten schaffen. Auch in den nächsten Jahren wird der Aufbau wettbewerbsfähiger Unternehmensstrukturen für unsere Politik Priorität haben.

Vor kurzem haben 15 Länder, darunter auch Deutschland, ein Abkommen über den Bau einer internationalen Weltraumstation unterzeichnet. Würde es nach den Grünen gehen, müßten die Deutschen wieder einmal abseits stehen und zuschauen, wie andere in Zukunftstechnologien investieren. Das Wahlprogramm der Grünen ist ein Dokument der Zukunftsverweigerung. Raumfahrttechnik: Nein! Bio- und Gentechnik: Nein! Kernenergie: Nein! Aber 300,- D-Mark für eine Tankfüllung: das soll Zukunft schaffen!

Innovation ist das entscheidende Schlüsselwort für Deutschlands Erfolg im kommenden Jahrhundert. Wir werden unseren Spitzenplatz im internationalen Wettbewerb nur erfolgreich verteidigen und ausbauen können, wenn unsere Güter und Dienstleistungen Spitzenprodukte sind. Deshalb hat für uns die Förderung von Schlüsseltechnologien Vorrang. Folgerichtig haben wir uns gegen die jahrelangen Widerstände von Rot-Grün für den Transrapid eingesetzt und für den Bau der Anwendungsstrecke zwischen Hamburg und Berlin. Es geht darum, die Zuverlässigkeit dieser hochmodernen Verkehrstechnologie unter Beweis zu stellen und auf diese Weise einen neuen, aussichtsreichen Wachstumsmarkt zu erobern. Nicht Zukunftspessimismus und Technikverweigerung sichern unsere internationale Wettbewerbsposition, sondern Erfindungsreichtum und Innovation.

## **Bildung und Ausbildung für die Welt von morgen**

Dazu gehört auch, daß die jungen Menschen in unserer Gesellschaft die bestmögliche Ausbildung erhalten, die wir ihnen bieten können. Wissen ist das entscheidende Zukunftskapital, das wir unseren Kindern mitgeben können. Gegen diesen Grundsatz ist in der Vergangenheit insbesondere von linken Bildungsreformern schwer ver-

stoßen worden. Bildungspolitik darf nicht mit Sozialpolitik verwechselt werden, und die rote Einheitsschule hat längst bewiesen, daß sie nicht nur zur Elitebildung nicht taugt. Wer weltweit Spitzenprodukte verkaufen und damit Geld verdienen und soziale Sicherheit finanzieren will, der braucht auch Spitzenkünstler, die solche Produkte kreativ entwickeln und intelligent vermarkten können. Statt Mittelmaß für alle brauchen wir für die in Abstraktion und Theorie Hochbegabten. Wir brauchen den ingenieusen Forscher ebenso wie den qualifizierten Facharbeiter.

Als weltweit vorbildlich gilt unser System der dualen Berufsausbildung in Betrieb und Schule. Dieses System hat seine Leistungsfähigkeit in den zurückliegenden Jahren erwiesen, als es darum ging, den geburtenstarken Jahrgängen eine ausreichende Anzahl an Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Bei aller Genugtuung über das Erreichte sollten wir aber auch bedenken, daß die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen bis zum Jahr 2005 noch ansteigen wird. Hier bedarf es weiterer Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften, um auch in den kommenden Jahren allen jungen Menschen, die dies wollen und die die notwendigen Voraussetzungen dafür mitbringen, einen Ausbildungsplatz anbieten zu können. Eine Ausbildungsplatzabgabe, wie die SPD sie fordert, wird hingegen keine neuen Lehrstellen schaffen. Im Gegenteil: eine solche zusätzliche steuerähnliche Belastung der Betriebe führt am Ende zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen.

## Sozial ist, was Beschäftigung schafft

Angesichts vieler grundlegender Veränderungen stellt sich die soziale Frage heute neu. Wenn arbeitswillige Menschen keine Gelegenheit zur Arbeit finden, dann ist dies die größte soziale Ungerechtigkeit. Deshalb ist und bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für die CDU die größte innenpolitische Herausforderung. Eine akzeptable Beschäftigungschance muß jedem zugänglich sein. Es gibt kein wohlfeiles Patentrezept gegen die Arbeitslosigkeit – aber es gibt Chancen, neue Arbeit zu erschließen und wieder mehr Menschen in die Lage zu versetzen, ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu finanzieren.

**Erstens:** Es gibt einen gewaltigen Nachholbedarf bei Dienstleistungen in Privathaushalten, im Handel, in der Gastronomie und im Gesundheitswesen. Wenn wir in Deutschland eine ähnliche Dienstleistungsdichte wie in den Vereinigten Staaten erreichen könnten, würde dies fünf Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze schaffen. Diese Entwicklung ist durch unsere Politik in Gang gekommen. Mit der Pflegeversicherung wurden zahlreiche neue Beschäftigungsfelder erschlossen. Mit der Reform des Ladenschlußgesetzes wurden spürbare Beschäftigungsimpulse im Einzelhandel ausgelöst. Und durch die steuerliche Förderung von Beschäftigungsverhältnissen in Privathaushalten sind neue reguläre Arbeitsplätze entstanden.

**Zweitens:** Wir haben in den letzten Jahren viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Anstöße für Existenzgründungen zu geben. Wir haben das Meister-BAföG eingeführt, um den Weg in die handwerkliche Selbständigkeit zu ebnen. Wir haben Substanzsteuern abgeschafft, damit junge Unternehmen schneller Eigenkapital bilden können. Wir haben das Arbeitsrecht reformiert, damit kleinere Unternehmen ihren Personalbedarf leichter der Auftragslage anpassen können. Wir haben zahlreiche bürokratische Hürden durch Vereinfachung und Beschleunigung aus dem Weg geräumt und neue Förderinstrumente geschaffen.

Dieser Weg hat sich als erfolgreich erwiesen. Allein 1996 haben sich 500.000 Menschen eine eigene unternehmerische Existenz aufgebaut, davon 60.000 in den neuen Bundesländern. Wenn man bedenkt, daß im Durchschnitt mit einer Existenz-Neugründung die Schaffung von vier Arbeitsplätzen verbunden ist, dann erkennt man den hohen beschäftigungsfördernden Effekt dieser Politik. Deshalb wird die CDU diesen Kurs konsequent fortsetzen, um in Deutschland ein innovatives Klima zu schaffen, das dazu anreizt, mit Ideen und Fleiß, Mut und Zuversicht unternehmerisch tätig zu werden.

**Drittens:** Geld kann auf Dauer kein Ersatz für Beschäftigung sein. Vor allem reicht es nicht aus, Langzeitarbeitslosen lediglich die Unterstützung durch Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe als Perspektive zu bieten. Wir wollen deshalb jedem arbeitslosen Empfänger von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe über die Kommunen eine gemeinnützige Arbeit verschaffen. Auf diese Weise kann verhindert werden, daß aus Langzeitarbeitslosen soziale Problemfälle werden.

In diesen Zusammenhang gehört auch, daß wir in Deutschland ein großes, nicht ausgeschöpftes Potential an Einfacherarbeit haben. Gerade für Geringqualifizierte und Nichtqualifizierte bietet sich in diesem Bereich die Chance, wieder in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Das Problem ist, daß für einfache Tätigkeiten Löhne gezahlt werden, die kaum über dem Existenzminimum der Sozialhilfe liegen. Der Anreiz, eine solche Arbeit aufzunehmen, ist daher äußerst gering. Deshalb wollen wir es künftig ermöglichen, daß ein großer Teil eines solchen Zuverdienstes neben dem Sozialhilfebezug behalten werden kann. Jeder, der arbeitet, soll mehr verdienen können, als wenn er nicht arbeitet. Der Weg in die Sozialhilfe darf nicht einfacher sein als der Weg zur Arbeit.

Den gleichen Grundsatz wollen wir auch für die Empfänger von Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld anwenden. Auch für sie muß es sich lohnen, eine gering bezahlte Arbeit aufzunehmen, weil die Kombination von eigenem Verdienst plus staatlicher Leistung oder Versicherungsleistung allemal attraktiver ist.

Die SPD hat zum Thema „Arbeitsmarkt“ nur die längst als unbrauchbar erwiesenen Ladenhüter aus den siebziger Jahren anzubieten. Was jetzt verheißungsvoll als „neue Mitte“ daherkommt, erweist sich bei genauerer Prüfung als die alte linke Ecke. Staatli-

che Stimulierung der Massenkaufkraft, Beschäftigungsprogramme auf nationaler und europäischer Ebene, Arbeitszeitverkürzung und das jetzt geforderte „Ende der Bescheidenheit“ bedeuten mehr Umverteilung und mehr Staat, führen unweigerlich zu höheren Steuern oder zu einem Anstieg der Verschuldung. Das kann nicht das Konzept für Deutschlands Zukunft sein.

## Sicher leben in Deutschland

Alle einschlägigen Umfragen belegen es: dicht hinter der Sorge um den Arbeitsplatz rangiert die Angst, Opfer einer Straftat zu werden. In der Bundesrepublik Deutschland werden in jeder Sekunde zwei Straftaten angezeigt; 6,7 Millionen sind es im Laufe eines Jahres.

Wenn Sekretärinnen abends mit der S- oder U-Bahn nach Hause fahren und Tag für Tag massiver Verwahrlosung, jugendlichem Drogenelend oder Randalen auf Bahnhöfen oder in Zügen begegnen, wenn ältere Menschen nach Einbruch der Dunkelheit möglichst nicht mehr das Haus verlassen, wenn Frauen besondere Vorkehrungen treffen gegen das Wegreißen ihrer Handtasche, wenn jeder eine Familie kennt, bei der im Urlaub eingebrochen oder der das Auto aufgebrochen worden ist, wenn die Kinder aus der Schule oder aus der Disco kommen und den besorgten Eltern erzählen, daß ein langjähriger Grundschulfreund jetzt Drogen nimmt – dann entsteht ein Klima der Besorgnis und Angst, das die Politik sehr, sehr ernst nehmen muß.

Es ist wahr: es hat in den zurückliegenden Jahren bei der inneren Sicherheit mancherlei Fehlentwicklungen gegeben in Deutschland. Es kommt ja nicht von ungefähr, daß im CSU-regierten Bayern 64,4 Prozent aller Straftaten auch tatsächlich aufgeklärt werden, während im Land des Kandidaten Schröder nur 46,8 Prozent aller Straftaten aufgeklärt werden. Wen wundert dies, wenn man erfährt, daß in Niedersachsen während der CDU-Regierung jedes Jahr durchschnittlich 150 Polizeibeamte mehr eingestellt wurden, während Herr Schröder – der Schirmherr der Chaos-Tage von Hannover – binnen weniger Jahre rund 600 Beamtenstellen bei der Polizei abgebaut hat?

Manche Entwicklung, die wir heute beklagen, hat ihre Ursache darin, daß SPD- oder Rot/Grün-regierte Länder über Jahre hinweg darauf hingearbeitet haben, sogenannte Bagatelldelikte strafrechtlich nicht mehr zu ahnden. Ladendiebstahl, Sachbeschädigung, Schwarzfahren, Taschendiebstahl, Schlägereien, Randalen in öffentlichen Verkehrsmitteln oder Sprühdosen-Schmierereien: all das wurde als harmlos deklariert und als zu unbedeutend für die polizeiliche Ermittlungsarbeit. Daß sich heute kaum noch öffentliche Aufregung einstellt, wenn SPD und Grüne die Freigabe von Drogen fordern, hängt auch damit zusammen, daß diese Parteien die Grenzen von Recht und Unrecht immer mehr aufgeweicht und eine Geisteshaltung befördert haben, aus der ständig neue und immer schwerere Straftaten erwachsen. Die deutsche Linke nimmt weder das Verbrechen noch die Sorgen der Bürger ernst.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte diese traurige Entwicklung im März diesen Jahres, als SPD, PDS und Grüne gemeinsam dafür sorgten, daß ein Gesetzentwurf der Bundesregierung, der das Abhören von Verbrecherwohnungen ermöglichen sollte, zum Schaden der Ermittlungsbehörden und zum Nutzen der Kriminellen total verwässert wurde. Bei der Bundestagswahl im September haben die Bürger auch Gelegenheit, mehr Sicherheit für Deutschland zu wählen. So, wie die Dinge liegen, sind CDU und CSU die einzigen Parteien in Deutschland, die konsequent für die Belange der inneren Sicherheit eintreten.

**Unser Grundsatz lautet:** Null Toleranz für Rechtsbrecher und Gewalttäter! Deshalb haben wir nach jahrelangem Ringen die Hauptverhandlungshaft durchgesetzt. Wir wollen damit erreichen, daß die Strafe der Tat möglichst auf dem Fuß folgen kann. Es ist unser Erfolg, daß jetzt beim Bundeskriminalamt eine zentrale Gen-Datei zur Verfolgung von Straftätern – insbesondere Wiederholungstätern – eingerichtet wird. Wenn Verbrecher hochmodernste Technik einsetzen, muß auch die Polizei darüber verfügen können. Das Strafmaß für Gewaltdelikte wurde deutlich erhöht, die Strafbarkeit des Kindesmißbrauchs wurde verschärft. Wir haben uns für den Aufbau europäischer Fahndungsstrukturen engagiert, wohl wissend, daß die grenzüberschreitend operierende und international organisierte Kriminalität nur gemeinsam von allen Staaten Europas in Schach gehalten werden kann.

Besonders besorgniserregend ist die überdurchschnittliche Kriminalitätsrate ausländischer Straftäter. Zu den traditionellen kriminellen Organisationen wie der Mafia und den kleinasiatischen und südamerikanischen Drogenkartellen kommen zunehmend verbrecherische Gruppierungen aus den Staaten des östlichen Mitteleuropa, aus der GUS und Ostasien. Hier kann es nur **eine** Reaktion des Staates geben: Wer als Ausländer in Deutschland Verbrechen begeht, der hat sein Gastrecht verwirkt und muß abgeschoben werden. Dies hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun, sehr viel aber mit der Verantwortung des Staates für den Schutz seiner Staatsbürger, einer Verantwortung, aus der er sich nicht davonstehlen darf. Deshalb haben wir das Ausländergesetz geändert, um kriminelle Ausländer leichter ausweisen zu können.

## Fortschritt mit menschlichem Gesicht

Wir bejahen den Fortschritt, und wir wollen ihn in den Dienst des Menschen stellen. Es gibt zu unserer Politik der Reformen und der Modernisierung Deutschlands keine vernünftige Alternative. Aber es gibt menschlichere Alternativen im modernen Deutschland. Sozialisten aller Schattierungen glauben an die Planbarkeit und Machbarkeit aller Dinge; ihr Leitbild ist der allwissende, dirigistische Betreuungsstaat, das Ergebnis ihrer Politik ist die kalte, durchbürokratisierte Gesellschaft.

Zu den großen politischen Gestaltungsaufgaben des 21. Jahrhunderts gehört es, eine menschengerechte Modernität zu verwirklichen. Dazu gehören:

- mehr Eigeninitiative und weniger Staat;
- Vorrang für die jeweils kleinere Einheit;
- eine überschaubare Gestaltung des persönlichen Lebensraumes;
- eine verständliche Sprache des Staates;
- eine starke Solidarität zwischen den Generationen und
- ein ehrlicher Umgang mit staatlichen Leistungen.

Es ist **eine** Aufgabe, den Wirtschaftsstandort Deutschland so zu gestalten, daß materieller Wohlstand und soziale Sicherheit auch morgen noch möglich sind. Nicht minder wichtig ist aber die Aufgabe, auch in der Welt von morgen Raum zu schaffen für immaterielle Werte, ohne die unser Leben verkümmern müßte. Fortschritt ist mehr als nur die Vermehrung materieller Güter.

## Sicherheit im Alter

Daß Werthaltungen und Einstellungen der Menschen auch eng mit der Ökonomie zusammenhängen, zeigt kein Beispiel nachdrücklicher als die Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung. Deutschland gehört zu den Ländern mit der niedrigsten Geburtenrate in der Europäischen Union. Nur in Italien und Spanien werden – gemessen am Gesamt der Bevölkerung – noch weniger Kinder geboren. Gleichzeitig – und das ist erfreulich – werden die Menschen immer älter. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer beträgt heute 73 Jahre, die der Frauen sogar 79 Jahre. Hinzu kommen zwei andere Entwicklungen, die politisches Handeln geradezu erzwingen: Immer mehr Menschen gehen zunehmend früher in Rente – heute im Durchschnitt mit 60 Jahren –, und andererseits erfolgt der Start ins Berufsleben immer später, weil die Zeiten der Ausbildung immer länger werden. Akademiker starten ihre Berufslaufbahn nicht selten erst mit 30 Jahren.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, daß immer weniger Menschen im aktiven Berufsleben stehen und in dieser Zeit in die Kassen der Alterssicherungssysteme einzahlen. Umgekehrt beziehen immer mehr Menschen für immer längere Zeit eine Rente aus diesen Kassen. Diese Rechnung, das liegt auf der Hand, kann auf Dauer nicht aufgehen. Deshalb haben wir die Rentenreform durchgesetzt; sie wird zum 1. Januar 1999 in Kraft treten. Ohne diese Reform wäre ein weiterer Anstieg des Beitragssatzes und damit der Lohnzusatzkosten unvermeidlich gewesen. Es wird keine Rente gekürzt – dies muß deutlich betont werden, da die SPD immer wieder derartige wahrheitswidrige Behauptungen aufstellt. Allerdings: die Renten werden künftig etwas langsamer steigen als die Löhne. Dadurch werden die Beitragssätze in einem vertretbaren Rahmen gehalten; dies begrenzt Lohnzusatzkosten und sichert Arbeitsplätze. All dies wäre gefährdet, wenn die SPD ihre Ankündigung wahr machen könnte, die

Rentenreform wieder zurückzunehmen. Die Senioren in Deutschland sind bei der Bundestagswahl in besonderer Weise gefordert, durch ihre Wahlentscheidung für eine auch in Zukunft sichere Rente zu sorgen.

Zu einem Fortschritt mit menschlichem Gesicht gehört auch ein leistungsfähiges und zugleich bezahlbares Gesundheitswesen. Auch hier hat die Union aus Verantwortung für eine sichere Zukunft entscheidende Reformen durchgesetzt. Ohne die dritte Stufe der Gesundheitsreform wäre es bei den gesetzlichen Krankenkassen allein im vergangenen Jahr zu einem Defizit in Höhe von zehn Milliarden Mark und in der Konsequenz zu einer weiteren Anhebung der Beitragssätze mit allen negativen Folgen für Arbeitskosten und Arbeitsplätze gekommen. Es ist unser Erfolg, daß der Beitragsanstieg gestoppt und in der Krankenversicherung inzwischen sogar ein finanzielles Sicherheitspolster angelegt werden konnte.

## Europa ist unsere Zukunft

Ein zentraler Baustein der Zukunftsvision der CDU ist die Einigung unseres Kontinents. Europa ist Deutschlands Zukunft, und die CDU ist die Europapartei Deutschlands. Von den weiteren Entwicklungen in Europa hängt ganz wesentlich ab, ob künftige Generationen in allen europäischen Nationalstaaten dauerhaft in Frieden und Freiheit, in einer lebenswerten Umwelt, in Wohlstand und in sozialer Stabilität leben können.

Mehr denn je gilt, was Konrad Adenauer bereits 1954 vor dem Deutschen Bundestag erklärte: „Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“

Ein Schlüsselprojekt auf dem Weg zum geeinten Europa ist die gemeinsame europäische Währung, der Euro. Die Vorteile des Euro liegen klar auf der Hand: In einer Welt des globalen Wettbewerbs wäre es ein Unding, wenn die USA mit **einer** Währung antreten können, die Europäer hingegen mit 14 Währungen arbeiten würden. Der Euro stärkt die Wettbewerbsposition Europas gegenüber Konkurrenten aus anderen Währungsräumen wie z. B. Dollar oder Yen. Gerade Deutschland als exportorientiertes Industrieland, in dem jeder fünfte Arbeitsplatz vom Export abhängt, ist in besonderer Weise auf eine Währung angewiesen, die wirtschaftlichen Turbulenzen und Wechselkurschwankungen erfolgreich widerstehen und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern kann. Dies bedeutet Sicherheit für Millionen Arbeitsplätze bei uns.

Bereits heute hat die Vorbereitung auf die gemeinsame europäische Währung in den Ländern Europas zu einem nie gekannten Rückgang der Preissteigerungsrate, der Zinsen und der Neuverschuldung geführt. Die Wechselkursbeziehungen zwischen den Ländern der Europäischen Union haben eine große Stabilität erreicht. Dies

ermöglicht deutschen Exporteuren langfristig sichere Kostenkalkulationen. Der Euro hat alle Chancen, eine Erfolgswährung zu werden.

Wenn der Euro zum 1. Januar 1999 kommt, wird Deutschland von Beginn an dabei sein. Wir erfüllen die Stabilitätsvorgaben des Vertrages von Maastricht. Und es ist sichergestellt, daß auch alle anderen Teilnehmerländer an der gemeinsamen europäischen Währung diese Kriterien ohne Wenn und Aber erfüllen. Stabiles Geld verträgt keine Manipulationen. Wir haben alle Vorkehrungen dafür getroffen, daß der Euro eine dauerhaft stabile Währung wird.

Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl sind entscheidende Impulse für die europäische Entwicklung immer wieder von der CDU ausgegangen. Alle europäischen Verträge sind deutlich erkennbar von der politischen Handschrift der Union geprägt. Die SPD hat zum Bau des Hauses Europa bisher nichts beigetragen außer kleinlauten Bedenken. Sie hat kein Konzept für Europa. Deshalb setzen die europäischen Staaten auf Helmut Kohl und die CDU. Die CDU wird auch künftig sicherstellen, daß europäische Politik und deutsche Interessen niemals in einen für unser Land schädlichen Gegensatz geraten.

## Sicher in die Welt von morgen

Die Regierung Helmut Kohl ist seit 16 Jahren im Amt. Es waren 16 gute Jahre für unser Land. Unser Land hat in dieser Zeit friedlich und im Einverständnis mit allen Nachbarn seine staatliche Einheit wiedererlangt. Es ist heute ein weltweit geachtetes und verlässliches Mitglied der Völkerfamilie. Wir haben – wie nie zuvor – gleich gute Beziehungen nach Paris wie nach London, nach Washington wie nach Moskau. Für eine Exportnation ist das existentiell. Die innere Ordnung unseres Landes ist stabil, das soziale Netz ist fest geknüpft. Reformen werden dort, wo sie notwendig sind, behertzt angegangen; aber der Wandel wird mit menschlichem Maß vollzogen. Niemand muß Sorge haben, zurückzubleiben.

**All dies ist nicht selbstverständlich. Deutschland hat Erfolg, weil die CDU das richtige Programm und Helmut Kohl die notwendige Erfahrung hat.**

Die Bundestagswahl im September stellt Deutschland vor eine Richtungsentscheidung, die den Weg unseres Landes bis in das nächste Jahrhundert hinein bestimmen wird. Es geht um die Grundentscheidung, ob Deutschland als ein Land des Fortschritts in das neue Jahrhundert hineingeht oder ob es unter Rot-Grün in die Zweitklassigkeit absteigt. Die Programme, die SPD und Grüne vorgelegt haben, weisen den Weg in eine andere Republik und damit in eine höchst ungewisse und riskante Zukunft. Können die Deutschen das wollen? Der Medienrummel um die Niedersach-

senwahl und die millionenschwere Hetzkampagne des DGB machen deutlich, worauf wir uns einstellen müssen. Wir stehen in der härtesten Wahlauseinandersetzung der Nachkriegsgeschichte. Jeder, der Rot-Grün oder möglicherweise Rot-Grün-Dunkelrot nicht will, ist aufgerufen, an seinem Platz für die CDU zu werben.

- **Unser Land geht in ein neues Jahrhundert.**
- **Wichtige Veränderungen stehen bevor.**
- **Wir schaffen heute mit unserer Politik die Grundlage für einen stabilen Frieden in sozialer Sicherheit.**
- **Können wir mehr für unsere Kinder und Enkel tun?**

**Die Aufgaben sind groß. Gefragt sind: Erfahrung und Kompetenz. Wir brauchen einen klugen Anwalt unserer nationalen Interessen. Deutschland braucht Helmut Kohl und die CDU.**